

ISSN 1560-6325 ISBN 3-901989-10-2 € 15,-

polylog

12 2004

Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren

Das zweite  
EUROPA

Mit Beiträgen von

Mădălina DIACONU

sowie

Andrzej GNIAZDOWSKI

Lukas Marcel VOSICKY

Tschasslaw W. KOPRIWITZA

Franz WINTER

Tanil BORA

Christina CEMING

Gianni VATTIMO

Tina Claudia CHINI

SONDERDRUCK



Redaktion und Einleitung:  
Mădălina Diaconu

7

MADALINA DIACONU

*De imagine Europae. Von rumänischen  
Randbewohnern*

4

EUROPA

24

ANDRZEJ GNIAZDOWSKI

*Esel und Opium*

37

TSCHASSLAW W. KOPRIWITZA

*Am Rande des Europäischen. Die Dilemma-  
ta des gängigen Europa-Entwurfs*

53

TANIL BORA

*Welche EU? Welche Errungenschaften? Wie  
die Frage des EU-Beitritts in der Türkei dis-  
kutiert wird*

im gespräch

59

GIANNI VATTIMO

*»Für eine multipolare Welt«  
im Gespräch mit Martin G. Weiss und  
Martin Ross*

forum

69

LUKAS MARCEL VOSICKY

*Roma: »Europas größte Minderheit«*

86

FRANZ WINTER

*»...erstes und letztes Wort der Weisheit«:  
Zum Umgang mit buddhistischer und  
»asiatischer« Religiosität bei E.M. Cioran*

99

KATHARINA CHRISTINA CEMING

*Hinduismus: Auf dem Weg vom Universalis-  
mus zum Fundamentalismus?*

115

BERICHTE

120

BÜCHER UND MEDIEN

TINA CLAUDIA CHINI

*Interkulturelle Philosophie. Disziplin, Ori-  
entierung, Praxis? Ein Literaturbericht.*

146

IMPRESSUM

147

POLYLOG BESTELLEN & ABONNIEREN

Tanil Bora

# WELCHE EU? WELCHE ERRUNGENSCHAFTEN?

WIE DIE FRAGE DES EU-BEITRITTS IN DER TÜRKEI DISKUTIERT WIRD

Übersetzung: Hakan Gürses

Im Rahmen der EU-Integration kann es auf die Frage »Welches Europa?« drei unterschiedliche Antworten geben:

- Europa als Weg zur ökonomischen Entwicklung;
- Europa als geostrategische Stütze;
- Europa als Weg zur »Zivilisation« und als politisches System.

In der politischen Meinungslandschaft der Türkei fallen die ersten beiden Vorstellungen häufig zusammen. Jene, die eine Integration in die EU als nützliche und notwendige Maßnahme zur Globalisierung der türkischen Wirtschaft ansehen, erblicken darin zugleich eine Voraussetzung für die regionale Sicherheit der Türkei. Zwischen diesem ökonomisch-geostrategischen Konzept von Europa und dem Rekurs auf Europa als Zivilisation und politisches System tut sich eine deutliche Kluft auf.

---

## DIE EUROPÄISCHE FRAGE: »WELCHE EU?«

---

Diese Kluft macht sich keineswegs nur in der türkischen Politik bemerkbar, auch in Europa ist sie eine ziemlich tiefe. Es handelt sich um eine kontinuierliche Kraftlinie, an der sich die Geister scheiden. So hat etwa Jürgen Habermas in seinem Artikel »Warum braucht Europa eine Verfassung?«<sup>1</sup> angemahnt, dass die »europäische Idee« nicht der instrumentellen

Dieser Text ist die geringfügig gekürzte und übersetzte Fassung eines Artikels, den der Autor in *Birikim* Nr. 157 (Mai 2002, Istanbul, S. 16–20) veröffentlicht hat.

Tanil Bora unterrichtet an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ankara.



---

<sup>1</sup> Jürgen HABERMAS: »Warum braucht Europa eine Verfassung?«, in: *Die Zeit* 27/2001.



Die linke Frage lautet heute – auch jenseits der EU – allgemein: Wie kann eine Globalisierungsbasis als Alternative zum neoliberalen »Globalismus« errichtet werden, ohne dabei den Wohlfahrtsstaat samt nationalstaatlichem Rahmen zu verstärken?

Vernunft der wirtschaftlichen Vereinheitlichung überlassen werden dürfe, und hat sich damit eindeutig auf der einen Seite dieser Linie positioniert. Zweifelsohne sind die Differenzen zwischen den Konzepten auf beiden Seiten nicht absolut. Jene, die auf eine wirtschaftliche Integration setzen, verzichten etwa nicht auf politisch-kulturelle Konstrukte und Bilder, und vice versa. Dennoch ist es schwer, sich eine stabile politische Übereinstimmung der beiden Europa-Konzepte vorzustellen.

Jene, die eine Aufhebung der Finanz- und Handelsgrenzen sowie die vollständige wirtschaftliche Integration auf ihre Fahnen schreiben, sind zumeist national-konservative Rechte, die Europa als eine Insel der Wohlfahrt gegen »Migrationsströme« aus dem Osten und Süden verteidigen wollen und dabei auf die Einzigartigkeit der europäischen Zivilisation pochen. Hinter ihrer wirtschaftlich motivierten Europa-Begeisterung steckt eine (um de Gaulle zu zitieren) »Europa der Patrien«-Perspektive, die das Vorrecht der »großen« und »historischen« europäischen Nationen hervorhebt, das Europäertum zu einem »Wert via Geburt« erhebt und so in ein Privileg umwandelt. Auf der anderen Seite stehen sozialdemokratische und weiter-linke Positionen, die – jenseits von Identitätspolitik und Kulturalismus – eine »internationalistische« Europa-Perspektive durchsetzen wollen und damit eine größere Europa-Begeisterung an den Tag legen. Doch tendieren diese – um die rechtliche Grundlage der republikanischen Bürgerschaft nicht zu gefährden sowie um die Aushöhlung des Sozialstaats zu verhindern – über den Schutz des nationalstaatlichen Rahmens zu einem Nationalismus, der von Zeit zu Zeit radikale Formen annehmen kann. Selbstverständlich befinden sich mehrere Zwischenpositionen und Kombinationsmöglichkeiten zwischen diesen beiden asymmetrischen Europa-Anhängerschaften.

Die europäische Linke (eigentlich: überhaupt die Linke) steht vor einer für sie le-

benswichtigen Doppelaufgabe: Einerseits die Grundlage für eine supranationalstaatliche Bürgerschaft zu schaffen, ohne dabei eine exklusive wie exkludierende »europäische Bürgerschaft«, gepaart mit einem kulturalistischen Zivilisationsdiskurs, zu forcieren. Andererseits die im Wohlfahrtsstaat errungenen sozialen und wirtschaftlichen Rechte auf einer supranationalstaatlichen Ebene zu bewahren, ohne dabei einem Wohlfahrts-Chauvinismus das Wort zu reden. Es muss betont werden, dass beide Aufgaben schwer zu erfüllen sind und dass der Spielraum dafür innerhalb des »Systems« nur begrenzt vorhanden ist. Sozialdemokratische Politiken tendieren – wenn sie überhaupt diese Aufgaben als solche erkennen – eher zu Lösungen, die just die europäische Bürgerschaft lancieren und die Grenzen nationalstaatlicher Wohlfahrtsinseln abschotten.

Die linke Frage lautet heute – auch jenseits der EU – allgemein: Wie kann eine Globalisierungsbasis als Alternative zum neoliberalen »Globalismus« errichtet werden, ohne dabei den Wohlfahrtsstaat samt nationalstaatlichem Rahmen zu verstärken? Diese Frage betrifft nicht bloß Europa; sie betrifft die Zukunft der Welt und der Menschheit und macht daher eine Diskussion notwendig. Daran teilzunehmen und dazu beizutragen, hat eine große Bedeutung – mindestens so groß wie die Bedeutung, die einem EU-Beitritt attestiert wird.

---

#### ASYMMETRISCHE PARALLELE

---

Wenn wir uns wieder der Türkei zuwenden, fällt eine Asymmetrie in den Präferenzen hinsichtlich der politischen und wirtschaftlich-geostrategischen Dimensionen der EU-Integration auf. Sowohl jene, die in der EU eine relative Absicherung von Grundrechten und Freiheiten sowie eine Institutionalisierung der parlamentarischen Demokratie erblicken, als auch jene, die den Integrationsprozess aus Gründen der wirtschaftlichen Entwicklung



und eines neuen regionalen Kräfteverhältnisses vorantreiben wollen, besitzen diesbezüglich bloß *Teilkonzepte*. Sie alle ziehen es vor, andere Dimensionen des Integrationsprozesses und der Integrationsverhältnisse auszublenden oder für ihre jeweiligen Zwecke zu instrumentalisieren. Die Staatselite, insbesondere das Militär, macht keinen Hehl aus ihrer Einstellung, die politischen Errungenschaften im Zuge der EU-Integration nur als ein Mittel zu betrachten. Diese Kreise bewerten die EU als eine »Hilfskolonne«, als »Brennstoff« für die Türkei, die als »Zentrum Eurasiens« eigenständige höhere Ziele habe und deswegen von der EU mit großem Respekt behandelt werden müsse. Indes haben die Worte des Generalstabschefs ihrerseits eine eindeutige Richtung: »Europa bedeutet für die Türkei einen großen Gewinn; durch Europa werden der türkische Bürger und die türkische Bürokratie diszipliniert.«<sup>2</sup> Die EU ist also eine technische Hilfe, ein *Know-how*, eine »Wissenschaft und Kunst«, die Bevölkerung durch Modernismus zu erziehen, ihr Methode und Produktivität beizubringen.

Hingegen sehen die linksliberalen und sozialdemokratischen Kreise, insbesondere die kurdische Bewegung, die wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Anpassungsmaßnahmen, die für eine EU-Integration erforderlich sind, als bloße »Formalitäten« in einem Prozess, der eigentlich zu Grundrechten und Freiheiten führen soll.

Die politische Linie, die diese beiden Pole der EU-Integrationskonzeption relativ einheitlich und ohne große Ungereimtheiten in sich vereinen kann, scheint der Liberalismus zu sein. Eine »genuin« zu nennende liberale Gruppierung akzeptiert nahezu bedingungslos die wirtschaftliche und politische Integration der Türkei in die EU, eine andere eher zur neuen Rechten der liberal-konservativen Linie des neoliberalen Zeitalters neigende Gruppie-

rung steht hingegen mit einigem Vorbehalt zum politischen EU-Maßnahmenpaket.

---

### DIE »EU DES VOLKES«

---

Europa, überhaupt der »Westen«, symbolisiert für die »stille Mehrheit« der Bevölkerung in der Türkei – also für die unteren und mittleren Klassen, die kein dauerhaftes und einschlägiges politisches Engagement zeigen – eine Hoffnung oder: eine *Wahrscheinlichkeit* von einem »besseren«, »fortgeschrittenen« Leben. Wir können annehmen, dass damit eine wirtschaftliche und technische Qualität gemeint ist. Für die ganz unten bedeutet dies Befreiung von Armut, für die mittleren Klassen wiederum mehr Komfort und bessere Konsummöglichkeiten. Die Möglichkeit darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass darunter auch ein Leben unter demokratischeren, freieren Bedingungen verstanden werden kann und wird.

Die »EU des Volkes« ist eine vage, aber durchaus starke Vorstellung. Dass »gutes Leben« über die Repräsentation von Europa/Westen imaginiert wird, stellt ohne Zweifel an sich ein problematisches Phänomen dar. Dennoch handelt es sich bei dieser Imagination um ein *Faktum*, das in der Türkei die gesellschaftliche und sozialpsychologische Legitimationsbasis des politischen Ziels »EU« ausmacht.

Betrachten wir nun dieses Faktum von seiner problematischen Seite. Zunächst einmal fraglich ist die Prämisse, die sich in dem Glauben an das »gute Leben« als ein Geschenk von »außen« artikuliert – unabhängig von der Instrumentalisierung dieses Glaubens in antiimperialistischen und nationalistischen Diskursen. Eine solche Prämisse ist vor allem deswegen problematisch, weil sie die Subjektivität, den Willen und die Handlungsfähigkeit der Menschen eliminiert. Somit führt sie, als

Die »EU des Volkes« ist eine vage, aber durchaus starke Vorstellung.

<sup>2</sup> Siehe: *Radikal*, 25. April 2002.



Der mitunter faschistoid anmutende, sterile Oberschicht-Diskurs, der die Klassenunterschiede *globalisiert*, wird aus der Aktualität des nationalen und politischen Ziels »EU« mit Kraft und Energie gespeist.

Sublimierung für die – durch die Abhängigkeit von »Außen« erlittene – Demütigung, zu einem übersteigerten Egozentrismus und einem aufgeblasenen Selbstwertgefühl. Dieses spontan-populäre Selbstbewusstsein ist anfällig für eine Gleichschaltung mit dem Glauben, der die Verwestlichung als *Schicksal* begreift und gleichsam die Quelle der türkischen nationalistisch-konservativen Anschauung bildet.<sup>3</sup> Der nationalistisch-konservative Okzidentalismus, das Spiegelbild des westlichen Orientalismus, fasst die Verwestlichung/Modernisierung als ein Naturereignis auf, dem man nicht widerstehen kann. Um die eigene Existenz zu schützen, muss man sich demnach vom Strom treiben lassen; doch darf man dabei nicht blindlings nachahmen, sondern muss den Stolz des »Lebemanns« bewahren und die Eigenart nicht verlieren.

Dieser erkonservative Modernismus, der zwischen dem Nutzen (Wissenschaft) und dem Schaden (Moral) des Westens unterscheidet, steht im Einklang mit dem populären Bewusstsein, das Europa/den Westen als materielle Quelle des »guten Lebens« beneidet und für das – dadurch verletzte – Selbstwertgefühl einen Ersatz sucht.

---

#### DER »EURO-TÜRKISMUS«

---

Eine weitere Version der »EU des Volkes« zeigt sich im kultur-rassistischen Diskurs der urbanen Obermittelschicht. Wir können hier von einer *euro-türkischen* Schicht reden: Die Selbstunterscheidung dieser Gruppe – »europäisch« aufgrund der Bildung und beruflichen Ausbildung, der Konsumfähigkeit, der Einhaltung von Benimmregeln, der kulturellen Interessen, ja sogar aufgrund der »biologischen Standards« (hellhäutig, groß und mit weiteren

phänotypischen »europäischen Merkmalen« ausgestattet) – und ihr ideologischer Legitimationsdiskurs verdienen Aufmerksamkeit. Der mitunter faschistoid anmutende, sterile Oberschicht-Diskurs, der die Klassenunterschiede *globalisiert*, wird aus der Aktualität des nationalen und politischen Ziels »EU« mit Kraft und Energie gespeist.

Der Euro-Türkismus neigt dazu, die Idee der sozialen Rechte samt der – unendlich weit definierten, vagen – »Populismus-Plage« und letztendlich die Armut wie die Armen als eine Gefahr wahrzunehmen und zu kriminalisieren, die ihr »Europäertum« bedrohe. Euro-Türkismus ist im Endeffekt ein *Türkismus*: Er erblickt im (Weiß-)Türkentum mit Stolz eine modernistische Essenz, die auf schöner Leben/gutes Konsumieren, auf das Schaffen ökonomischer Wunder und neuer »Marken«, auf die einfühlsame und intelligente »Synthetisierung« von Ost und West ausgerichtet ist.

Auf der anderen Seite bietet dieser Oberschicht-Diskurs eine provokante Angriffsfläche für den nationalistischen Konservatismus, der Europa/EU vordergründig »Fremdheit« vorwirft und als eine Gefahr für die Bewahrung des Eigenen, als Vorstufe zur Dekadenz darstellt.

---

#### DIE LINKE SKEPSIS UND UNTERSCHIEDUNGSFÄHIGKEIT

---

Auf der linken Seite gibt es Kreise, die bedingungslos gegen einen türkischen EU-Beitritt sind. Es gibt auch weniger »puritanische« Versionen dieser Einstellung. Auch die Position, die zwar einer Türkei-EU-Verbindung nicht ablehnend gegenüber steht, aber in gewissen Punkten Skepsis anmeldet, ist verbreit-

---

<sup>3</sup> Vgl. hierzu: Tanil BORA: »Intellectual Roots of Anti-European Sentiments in Turkish Politics: The Case of Nationalist-Conservative Tradition and Radical Turkish Nationalism« (with Nergis CANEFİ), in: *Turkish Studies*, Vol. 4 No. 1 (Special issue on Turkey's relations with Europe).



tet. Es ist zu bemerken, dass diese Skepsis nicht zu Unrecht besteht.

Die EU fungiert ohne Zweifel als ein strukturierendes, Ordnung schaffendes Machtzentrum innerhalb des globalen Kapitalismus. Sie ist ein Knoten- und Intensivierungspunkt im kapitalistischen »Imperium«. Aus Motiven des Wohlfahrts-Chauvinismus und des Wunsches nach mehr Sicherheit baut sie um sich herum hohe Festungsmauern. Sie kriminalisiert die Zuwanderinnen und Zuwanderer (insbesondere jene aus den so genannten Drittstaaten), die, obwohl AkteurInnen eines strukturalen Massenphänomens unseres Zeitalters, durch ein marginalisierendes Recht ausgeschlossen und unsichtbar gemacht wurden/werden. Und innerhalb der Festung herrscht ein Regime des »globalen Ausnahmezustands«, der darauf erpicht ist, die institutionellen/strukturellen Ausnahmen von den Grundrechten zu vermehren.

Wenn die Linke ihre demokratischen Forderungen hauptsächlich mit den Auflagen eines EU-Betrtritts rechtfertigt und die Einführung und Einhaltung grundlegender Menschenrechte und demokratischer Standards dem EU-Fahrplan überlässt, wird dies eine Lähmung des politischen Willens, die Einengung des eigenen Horizonts sowie die Aufgabe der eigenen Identität und Referenzen der Linken nach sich ziehen. Die Anpassung an die EU-Agenda wird sich als eine neuerliche Maßnahme erweisen, die in Richtung der Auflösung des ohnehin schon mangelhaften türkischen Sozialstaates geht. Das wird einen Schritt hin zur Verbreitung der neoliberalen Ideologie und Politik bedeuten.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass der theoretische, ideologische und politische Rahmen, in dem die linke Skepsis artikuliert wird, selbst Grund zur Skepsis gibt. Ein Rahmen, der zwischen den Ebenen der Analyse

und der Kritik nicht unterscheidet sowie die Prozesse und Kontexte nicht in ihrer jeweiligen Bedeutung begreift, wird zu einem unpolitischen, ja zu einem *anti-politischen* Rahmen.

Kann etwa die Entscheidung, nicht der EU beitreten zu wollen, einen vollständigen Ausstieg aus der »Abhängigkeit vom Imperialismus« bedeuten? Imperialismus und Globalisierung sind keine geschlossenen Systeme, aus denen man »aussteigen« kann. Negri und Hardt beschreiben in »Empire«<sup>4</sup> ziemlich lang – eigentlich viel zu lang! –, dass der Imperialismus nicht über ein Subjekt (einen Täter) gedacht werden kann. In diesem Sinne wäre es irreführend, die EU als ein »imperialistisches Subjekt« zu begreifen. Die EU ist eines der strukturierenden Regimes, einer der »Rahmen«, *in* denen eine Neustrukturierung der Welt stattfindet. Somit stellt sie zugleich einen Rahmen dar, *in* dem die Kämpfe stattfinden: für eine alternative Globalisierung gegen den »Globalismus«, für die mittelfristige relative »Erträglichkeit« der kapitalistischen Unterdrückung und für deren langfristige Überwindung mit Hilfe politischer Errungenschaften. Argumente, die zur Ablehnung des EU-Rahmens angeführt werden, bedeuten in vielen Fällen nichts anderes als die Ablehnung *eines jeden* Rahmens. Dies drückt sich in der Praxis als eine Scheu vor diesem System, vor dieser Welt aus – vor dem Kampf, um dieses System und diese Welt zu verändern.

Dass der »Westen« und »Europa« das kulturelle Symbol für das moderne kapitalistische Leben darstellen, muss lange nicht heißen, der Kapitalismus/der Imperialismus sei auf kulturelle-nationale Identitäten reduzierbar. Das »System« mit geopolitischen und kulturellen Subjekten zu identifizieren ist nicht unbedingt eine linke Denkweise. Zwischen der Kritik am Eurozentrismus und den Ideologien, die den »Westen«/»Europa« als

Die EU ist eines der strukturierenden Regimes, einer der »Rahmen«, *in* denen eine Neustrukturierung der Welt stattfindet.

<sup>4</sup> Vgl. Michael HARDT/Antonio NEGRI: *Empire*. Frankfurt/Main 2002.



Die Türkei um jeden Preis als ein europäisches Land begreifen zu wollen und, vor allem, *beweisen* zu wollen, dass sie hinsichtlich ihrer nationalen Errungenschaften und Vorhaben »ganz besonders« europäisch sei, ist das Produkt einer schlechten politischen Gewohnheit.

Fremdkörper betrachten und von sich fernhalten wollen, muss eine klare Distanz gesetzt werden.

Demokratisierung stellt für ein sozialistisches Ideal kein Mittel zum Zweck dar, sondern einen Eigenwert, einen offenen Prozess. Die »demokratische Frage« hat gerade in der Türkei eine große Vehemenz. Prioritäten zwischen Gleichheit und Freiheit oder Armutsbekämpfung und Menschenrechten zu setzen führt meist zu diktatorischen Ergebnissen. Im Zusammenhang mit der EU stellt sich daher die Aufgabe, die Asymmetrien abzuschaffen: zwischen dem Integrationsprogramm hinsichtlich der Menschenrechte und der Demokratisierung einerseits und dem wirtschaftlichen Integrationsprogramm andererseits.

Ist es eine Demütigung, Europa als Ausweg zu sehen, die politischen Hoffnungen an den EU-Einfluss zu binden? Wie gesagt: Die Abhängigkeit von »anderen, fremden Ländern« ist nicht wegen ihres »nicht-nationalen« Charakters demütigend, sondern weil diese Abhängigkeit der politischen Subjektivität den Willen und die Mündigkeit entzieht. Sich den nationalistischen Mentalitäts-Schablonen hinzugeben kann allerdings schlimmere Folgen nach sich ziehen. Nicht eine Klage wegen Menschenrechtsverletzungen gegen den türkischen Staat bei supranationalen europäischen Gerichtshöfen ist demütigend, sondern die Menschenrechtsverletzungen selbst. Es ist nicht beschämend, für gesellschaftliche und wissenschaftliche Projekte von besser ausgestatteten EU-Quellen an Stelle von schlecht ausgestatteten türkischen Quellen Unterstützung zu bekommen. Beschämend ist vielmehr, dass diese Subventionen zum Selbstzweck werden und die Projektziele bestimmen – was allerdings ebenso für »heimische« Subventionen gilt.

---

## EURASIEN?

---

Die Türkei um jeden Preis als ein europäisches Land begreifen zu wollen und, vor allem, *beweisen* zu wollen, dass sie hinsichtlich ihrer nationalen Errungenschaften und Vorhaben »ganz besonders« europäisch sei, ist das Produkt einer schlechten politischen Gewohnheit. Die Kritik an einem solchen zivilisatorisch-nationalistischen Diskurs, der insbesondere in den »euro-türkischen« Darstellungen verkörpert wird, kann sogar einen »türkischen« Beitrag zum Eurozentrismus bilden. Die Kritik des »Europaeismus«-*Fundamentalismus* ist eine der wichtigsten Aufgaben der Linken – nicht nur der Linken in der Türkei! – im EU-Rahmen.

Aber der »Eurasienismus« hat mit einer solchen Kritik nichts gemein. Dieser wird von der geopolitischen Sichtweise dominiert; sein Blickwinkel ist bestimmt von Zügen des strategischen Kräftespiels. Zudem spiegelt er den erz-kemalistischen Wunsch nach einem »dritten Weg« zwischen Europa und Asien, was erfahrungsgemäß in Autarchie mündet.

Die offizielle Ideologie und – darüber hinaus – das politische und gesellschaftliche Denken in der Türkei haben wirklich eine »Laufbahn«, die jeden Austausch mit dem Osten, Süden und Norden des Landes ausschließt. Das Selbstbild der Türkei als »Brücke zwischen Osten und Westen«, das nichts als eine touristisch und geopolitisch motivierte Importware ist, wird stets mit Hilfe der wirklichen Hybridität des Landes reproduziert. Es handelt sich hier um eine Brücke, die eigentlich an *beiden* ihrer Seiten völlig desinteressiert ist: eine Brücke *für sich*. Es muss daher die Aufgabe der Linken in der Türkei sein, sowohl mit dem »Westen« als auch mit dem Rest der Welt einen ehrlichen und kritischen Austausch zu ermöglichen und eine weltoffene politische und ideelle Umwelt zu schaffen. Das ist etwas anderes, als im Namen eines imaginierten »Eurasiens« Geopolitik zu spielen.